



Die Martinistraße bleibt ein Streitthema in der Bremer Verkehrspolitik.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

## Einigung in wesentlichen Punkten

Das sind die wichtigsten Änderungen im neuen Verkehrsentwicklungsplan

VON FELIX WENDLER

**Bremen.** Der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) ist Bremens Instrument zur langfristigen Verkehrsplanung und hat maßgeblichen Einfluss darauf, wie sich die Menschen zukünftig in der Stadt bewegen. Bislang gilt er bis zum Jahr 2025. Am Mittwoch hat der VEP-Beirat, dem Fraktionen, Behörden, Verkehrsverbände und andere Organisationen angehören, die Fortschreibung des VEP bis zum Jahr 2030 beschlossen. Nun befassen sich Senat und Bürgerschaft mit dem Plan.

„Wir wollen mehr Verkehr durch Bus und Bahn, mit dem Fahrrad und zu Fuß abwickeln. Das macht die Innenstadt attraktiver und bringt die Verkehrswende voran“, sagt Verkehrssenatorin Maïke Schaefer (Grüne). Das Konzept drehe sich neben dem Parkraummanagement in der Innenstadt um den Ausbau des ÖPNV und eine bessere Vernetzung von Stadt und Region. Ziel bleibe die autofreie Innenstadt bis 2030. Laut Schaefer war man im VEP-Beirat nicht immer einer Meinung. Es sei aber gelungen, sich in wesentlichen Punkten auf einen Konsens zu verständigen.

Dem WESER-KURIER liegt das beschlossene Dokument vor. Im Vergleich zu den vorherigen Entwürfen wurden Details angepasst, die bei genauerem Hinsehen Diskussionsstoff bergen. Die wichtigsten Inhalte und Änderungen im Überblick.

### ÖPNV-Tarif:

Die Finanzierungsmodelle für den ÖPNV sollen „vertieft“ geprüft werden – das gilt sowohl für die Besteuerung auswärtiger Übernachtungsgäste als auch die Anhebung des Grundsteuersatzes. Zuletzt waren diese beiden Modelle noch als „nicht empfohlen“ und „gegebenenfalls zu prüfen“ ausgewiesen worden. Grundsätzlich betonen die Macher des VEP, dass im Nahverkehr Tarife, deren Finanzierung und der Ausbau des Angebots immer zusammengedacht werden müssten. Das 365-Euro-Stadtticket gelte ausdrücklich nur mit einer „vorher einzuführenden nach-

fragegerechten Angebotsausweitung“ als Option. Eine Kehrtwende gibt es beim Semesterticket: Eine kontinuierliche Preisreduktion um etwa zehn Euro pro Semester, die noch in der vorherigen VEP-Fassung stand, ist offenbar vom Tisch. Nun geht es darum, den Preis stabil zu halten. Im neuen VEP ist auch das Jugendticket Tim („Täglich immer mobil“) verankert, das der Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (VBN) – ebenso wie ein neues Job-Ticket – von September an in sein Angebot aufnimmt.

### Harsche Kritik am neuen Plan

**Bremen.** Laut der Bremer Verkehrssenatorin Maïke Schaefer (Grüne) ist es mit dem neuen Verkehrsentwicklungsplan (VEP) gelungen, sich in wesentlichen Eckpunkten auf einen Konsens zu verständigen. Bei den Reaktionen ist von diesem Konsens aber nichts mehr zu spüren. Im Projektbeirat hat die Handelskammer dem abschließenden VEP-Entwurf nicht zugestimmt. Zuvor hatte sich wie berichtet bereits die CDU-Fraktion aus diesem Gremium verabschiedet. Man wolle nicht länger das politische Feigenblatt für Schaefer und die Koalition sein. Den VEP kritisieren auch Akteure, die den Grünen nahestehen, nämlich BUND und ADFC. Bei der jüngsten Sitzung des Beirats Mitte war es mit Joachim Musch sogar ein Vertreter der Grünen selbst, der von Stillstand in der Verkehrsentwicklung sprach.

„Der aktuelle Arbeitsstand ist nicht wirklich visionär, sondern kleinteilig und häufig unkonkret“, erklärt die Handelskammer. Sie könne dem VEP erst dann zustimmen, wenn dieser in den kommenden Monaten erkennbar in Richtung eines schlüssigen Gesamtkonzepts überarbeitet werde. Die Handelskammer setzt also auf die weiteren Beratungen in Senat, Baudeputation und Bürgerschaft. Aus ihrer Sicht sind wichtige Themen wie eine Verbesserung des Schienenverkehrs, die Erreichbarkeit von Gewerbegebieten oder die digitale Vernetzung von Ver-

### ÖPNV-Ausbau:

Bekanntermaßen soll das Straßenbahnnetz ausgebaut werden. Aktuell läuft bereits eine Machbarkeitsstudie für eine Neubaustrecke in der Überseestadt. Für die weiteren Verbindungen sollen ebenfalls Machbarkeitsstudien durchgeführt werden, heißt es im VEP. Vorrang hätten dabei die Strecken in Osterholz und Oslebshausen. Langsamer als geplant werde wohl die sogenannte Angebots-offensive im Nahverkehr vorangehen. Dabei geht es zum Beispiel um den Zehn-Minuten-Takt, der in großen Teilen der Stadt an Werk-

### Strassen:

Der Verkehrsversuch in der Martinistraße ist beendet, aber Handlungsbedarf besteht weiterhin – das wird im VEP deutlich. Dass die Martinistraße zweispurig bleiben soll, ist beschlossene Sache. Bislang fließt der Verkehr nicht so, wie es sich die Verantwortlichen vorstellen. Rückstau soll nun durch eine bessere Abstimmung der Ampeln vermieden werden. Die Knotenpunkte am Brill und am Parkhaus müssten so gestaltet werden, dass ihre „Leistungsfähigkeit den verkehrlichen Bedarfen entspricht“. Doch nicht ausgedient haben offenbar die Poller, mit denen die Radfahrspur abgetrennt wird: Hieß es in der letzten Version noch, dass die Poller nicht für einen dauerhaften Einsatz geeignet seien, fehlt dieser Satz nun. Klar formuliert wird, dass Lieferzonen für die anliegenden Geschäfte eingerichtet werden müssen. Eine Lösung wird auch für den ÖPNV gesucht, der durch die Umgestaltung vor allem in Richtung Brill von „erheblichen Verspätungen“ betroffen sei. Beim Umbau der Bürgermeister-Smidt-Straße, der bis Ende 2023 abgeschlossen sein soll, wollen die Planer die Ergebnisse einer Verkehrssimulation berücksichtigen.

Der Wirtschaftsrat der CDU spricht von einem „Klein-Klein“, das nur auf die eigene Wählerklientel abziele. Der Verein stört sich an einer Einpendlerabgabe, höheren Steuern für Übernachtungsgäste, einem verpflichtenden Job-Ticket und einer Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer. Die Möglichkeiten nennt der VEP, um einen günstigeren ÖPNV bis hin zur kostenfreien Nutzung zu finanzieren. Für den Landesvorsitzenden Jörg Müller-Arnecke ist dies der falsche Weg: „Wir sehen eine enorme Belastungswelle auf Privatpersonen, Eigenheimbesitzer und Unternehmen zukommen.“

„Wir haben mehr erwartet!“ schreiben BUND und ADFC in einer gemeinsamen Erklärung. Sie sprechen von „Blockierern im VEP-Beirat“. Diese hätten wichtige und teils bereits beschlossene Maßnahmen wiederholt aufgehoben, die angesichts der drohenden Klimakatastrophe eine wirkliche Verkehrswende eingeleitet hätten. „SPD, Handelskammer und City Initiative bildeten eine Koalition der Verhinderer“, kritisieren Dieter Mazur, Vorsitzender des BUND Bremen und Sven Eckert vom ADFC Bremen. **BJS**

tagen garantiert werden soll. Dieses Prioritätsnetz soll nun Ende 2024 in Betrieb gehen – zuletzt war noch von März 2023 die Rede. Teils mehrjährige Verspätungen sind auch beim Ausbau der Gewerbe- und Expresslinien zu erwarten. Konkretere Pläne gibt es zum barrierefreien Umbau der Haltestellen. Ziel sei es, 16 Straßenbahnhaltestellen und 40 Bushaltestellen jährlich barrierefrei umzugestalten.

### Parken:

Das Thema Anwohnerparken wird dem VEP zufolge zukünftig nicht ausschließlich die Beiräte beschäftigen. Ziel sei es, zusätzlich ein Votum der Anwohner einzuholen. Neue Ansätze gibt es auch für das Fahrradparken in den Quartieren: Geprüft werden demnach Möglichkeiten, kleine Fahrradgaragen- und häuschen zu errichten.

### Feedback:

Feedback aus anderen Städten und Anfragen auch von wissenschaftlichen Einrichtungen“, ist von Tobias Helfst zu erfahren. Tatsächlich hat sich bundesweit auf der Straße noch nicht viel getan. Das ist jedenfalls die Wahrnehmung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Berlin. „Der Protest beschränkt sich noch weitgehend auf die sozialen Netzwerke“, sagt die Sprecherin der Organisation, Gwendolyn Stilling. Auf Twitter etwa trendet der Hashtag #ichbinarmutsbetroffen. Der Paritätische habe zuletzt bei der Vorstellung seines Armutsberichts auf die gesellschaftlichen Gefahren der Teuerungswelle aufmerksam gemacht. Die bisherigen staatlichen Hilfen „verpuffen schon, bevor sie überhaupt bei den Menschen ankommen“, meint Stilling.

## Protest gegen Teuerung

Linkes Bündnis mobilisiert für Kundgebung in Vegesack – Forderung nach Preisbremse

VON JÜRGEN THEINER

**Bremen.** Der Unmut über die allgemeine Teuerungswelle beginnt sich öffentlich zu artikulieren. Ein „Bremer Bündnis gegen Preissteigerungen“ ruft für den kommenden Sonntag, 13.30 Uhr, zu einer Kundgebung auf dem Sedanplatz in Vegesack auf. Das Bündnis ist ein Zusammenschluss linker Gruppen, von Stadtteilinitiativen und Einzelpersonen, die ein Zeichen gegen die drohende Verarmung breiter Schichten setzen wollen.

Im Aufruf zu der Veranstaltung heißt es: „Zur höchsten Inflation seit Jahrzehnten kommen Preissteigerungen bei Lebensmitteln um fast ein Drittel im Verhältnis zum Vorjahrespreis. Die Heizkosten drohen zu explodieren, Wohnungsunternehmen wie Vo-

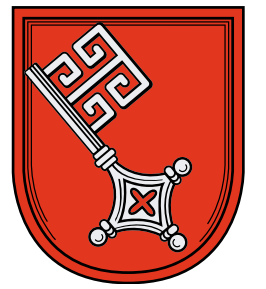
novia kündigen Mieterhöhungen an, und auch der „Tankrabbat“ hat vor allem die Mineralölkonzerne entlastet. Die Einkommen dagegen steigen nicht.“ Immer mehr Menschen seien mit der Aussicht konfrontiert, sich ihr Leben bald nicht mehr leisten zu können.

„Die Preise müssen runter“, sagt Tobias Helfst, der als Berater für den Bremer Erwerbslosenverband tätig ist. Zwar trügen die Folgen der Corona-Krise und des Krieges in der Ukraine zum Preisanstieg bei. „Es sind aber die Unternehmen, die die Krise für sich nutzen und noch weiter die Preise erhöhen. Damit muss Schluss sein, eine Preisbremse muss dringend her“, fordert Helfst.

Eine Preisbremse? Theoretisch gäbe es in Deutschland dafür eine Rechtsgrundlage, die

aus der frühen Nachkriegszeit stammt. Das „Übergangsgesetz über Preisbildung und Preisüberwachung“, kurz Preisgesetz, war bereits in der Besatzungszeit in der amerikanischen und britischen Zone gültig und wurde später ins Bundesrecht übernommen. Nach mehreren Änderungen ist es im Grundsatz immer noch in Kraft. Es würde den Wirtschaftsminister zu preisregulierenden staatlichen Maßnahmen ermächtigen. In der Praxis spielte dieses Gesetz in den vergangenen Jahrzehnten allerdings keine Rolle. Das muss nicht so bleiben, meinen die Organisatoren der Vegesacker Kundgebung.

Die Veranstaltung ist in der Region die erste Demonstration gegen die derzeitige Teuerungswelle, möglicherweise mit Vorreiterfunktion. „Wir bekommen ein großes



Die Menschen glauben das,  
was sie wünschen.  
GAIUS JULIUS CAESAR (100-44 V. CHR.)

## Gespräche über Medizinstudium

Prüfauftrag noch nicht erfüllt

VON PATRICIA BRANDT

**Bremen.** Die Gründung einer Fakultät für angehende Mediziner in Zusammenarbeit mit der Jacobs University, wie sie beispielsweise der Gesundheitspolitiker Rainer Bensch (CDU) vorgeschlagen hat, ist derzeit kein Thema. Was aber nicht heißt, dass es in naher Zukunft keine medizinische Fakultät in Bremen geben wird. Offenbar führt das Haus von Wissenschaftssenatorin Claudia Schilling (SPD) entsprechende Gespräche mit diversen Akteuren.

Ende 2018 wurde eine Machbarkeitsstudie der Jacobs University vorgestellt. „Der Aufgabenfokus lag auf dem vorklinischen Bereich“, sagt Uni-Sprecher Heiko Lammers. Jedoch: „Das Fortführungskonzept des neuen Mehrheitsgesellschafters sieht den Aufbau eines Medizinstudiums nicht vor“, sagt Ana Belle Becké, Sprecherin des Wissenschaftsressorts. Dennoch werde „die Umsetzung eines Medizinstudiengangs in Bremen derzeit eingehend geprüft“. Gespräche würden geführt und Kooperationsoptionen geprüft, Gesprächspartner seien sowohl andere Bundesländer als auch private Anbieter. „Da es sich um laufende vertrauliche und ergebnisoffene Gespräche handelt, werden wir den Gesprächsstand nicht näher konkretisieren.“

Eigentlich hätte die Behörde ihren Prüfauftrag bereits abschließen sollen. Wegen der Corona-Pandemie sei es zu deutlichen Verzögerungen gekommen. „Wichtige Gespräche mit internationalen Partnern, die bereits für 2020 terminiert waren, konnten nicht wie vorgesehen realisiert werden. Die angespannte Situation im Gesundheitswesen und in den Kliniken hat bis Anfang 2022 keine vertieften Gespräche zu diesem Themenkomplex zugelassen“, sagt die Sprecherin. Einen Zeitrahmen für den Abschluss des Prüfauftrags nannte sie nicht.

## Neues Zentrum für Hebammen

Bedarf deckt kaum Nachfrage

VON CHRISTIAN HASEMANN

**Bremen.** Die Nachfrage nach einem neuen Hebammenzentrum in Osterholz ist schon vor dem Start im September groß: Alle Kurse sind nach Angaben des Trägers bereits ausgebucht.

Das Hebammenzentrum Ost im Klimquartier Ellener Hof soll ab dem Herbst im Bremer Osten Frauen und Familien alle Beratungs- und Vorsorgeleistungen rund um die Schwangerschaft anbieten.

Wie dramatisch die Lage im Bremer Osten ist, machte Jörg Angerstein von der Hans-Wendt-Stiftung deutlich. Die Stiftung betreibt und organisiert das Hebammenzentrum. „Im Jahr 2020/21 waren 175 Neugeborene ohne Hebammenleistung in Hemelingen und Osterholz“, beschrieb er im Ortsbeirat die Situation. Die Stiftung hatte 2021 vom Gesundheitsressort den Auftrag bekommen, ein Hebammenzentrum einzurichten. Seit April dieses Jahres gibt es einen Mietvertrag, seitdem laufen die Umbauarbeiten.

Seit Jahren fehlt es an Hebammen in Bremen. Besonders betroffen sind davon sozial benachteiligte Quartiere. Noch im März dieses Jahres warnte der Bremer Hebammenverband vor einem sich weiter verschärfenden Engpass. Das neue Hebammenzentrum übernimmt künftig für freie Hebammen die Administration und Organisation. „Schwangere und Familien werden von den Hebammen betreut, aber sie machen keine Geburtshilfe“, so Angerstein. Vier Hebammen sollen in dem Zentrum künftig arbeiten.

In Bremen sind weitere Hebammenzentren in Bremen-Nord und im Bremer Westen geplant.